

**Kleine Anfrage
Sascha Herr (fraktionslos)****Sekundärmigration ukrainischer Staatsangehöriger nach Hessen****Vorbemerkung Fragesteller:**

Nach Medienberichten sowie politischen Debatten in mehreren europäischen Staaten wird zunehmend über mögliche Wanderungsbewegungen ukrainischer Staatsangehöriger innerhalb der Europäischen Union diskutiert. Insbesondere Leistungskürzungen, geänderte Unterstützungsstrukturen oder unterschiedliche soziale Rahmenbedingungen einzelner Mitgliedstaaten könnten Einfluss auf Sekundärmigration innerhalb Europas haben.

Gleichzeitig betont die Hessische Landesregierung im Koalitionsvertrag die Notwendigkeit einer besseren Steuerung von Migration sowie die hohe Belastung vieler Kommunen bei Unterbringung, Integration und sozialer Infrastruktur.

Ich frage die Landesregierung:

- 1) Welche eigenen Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Wanderungsbewegungen ukrainischer Staatsangehöriger aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Hessen seit dem 1. Januar 2024 vor?
- 2) Welche hessischen Behörden oder Stellen erfassen gegenwärtig Informationen über vorherige Aufenthaltsstaaten ukrainischer Staatsangehöriger vor einer Registrierung in Hessen (bitte aufschlüsseln nach Behörde und Art der erfassten Informationen)?
- 3) Welche ressortübergreifenden Lagebilder, Auswertungen oder internen Bewertungen zu möglicher Sekundärmigration ukrainischer Staatsangehöriger nach Hessen wurden seit dem 1. Januar 2024 erstellt (bitte aufschlüsseln nach federführendem Ressort und Zeitpunkt der Erstellung)?
- 4) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über regionale Unterschiede bei Neuregistrierungen ukrainischer Staatsangehöriger innerhalb Hessens vor (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?
- 5) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, ob einzelne Kommunen, Ausländerbehörden, Sozialbehörden oder Jobcenter seit dem 1. Januar 2024 auf auffällige oder kurzfristige Zugangsentwicklungen hingewiesen haben (bitte aufschlüsseln nach meldender Stelle und Zeitpunkt der Meldung)?
- 6) Welche zusätzlichen organisatorischen, personellen oder finanziellen Belastungen wurden seit dem 1. Januar 2024 im Zusammenhang mit ukrainischen Staatsangehörigen durch hessische Kommunen gegenüber dem Land geltend gemacht (bitte aufschlüsseln nach Belastungsart und Gebietskörperschaft)?

- 7) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Auswirkungen kurzfristiger Zugangsentwicklungen ukrainischer Staatsangehöriger auf Unterbringungskapazitäten, Schulen, Kindertagesstätten oder soziale Infrastruktur in hessischen Kommunen vor (bitte aufschlüsseln nach Gebietskörperschaft und betroffenem Bereich)?
- 8) Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, ob ukrainische Staatsangehörige nach einer Registrierung in anderen EU-Mitgliedstaaten gezielt hessische Kommunen oder bestimmte Regionen Hessens als Zielorte auswählen (bitte aufschlüsseln nach vorhandenen Erkenntnisquellen)?
- 9) Welche Gespräche, Abstimmungen oder Informationsaustausche zu möglichen Auswirkungen innereuropäischer Wanderungsbewegungen ukrainischer Staatsangehöriger auf Hessen hat die Landesregierung seit dem 1. Januar 2024 mit dem Bund oder anderen Ländern geführt (bitte aufschlüsseln nach Datum und Beteiligten)?
- 10) Welche fachlichen oder organisatorischen Einschränkungen bestehen nach Einschätzung der Landesregierung derzeit bei der statistischen Erfassung und Bewertung möglicher Sekundärmigration ukrainischer Staatsangehöriger nach Hessen?

Wiesbaden, 28. Mai 2026



(Sascha Herr)